



Eingegangen am

21. März 2016

Sekretariat Gemeinderat

Frau
Gemeinderatspräsidentin
Jacqueline Hofer
Ratssekretariat/Stadtverwaltung
8600 Dübendorf

Dübendorf, 18. März 2016

**Schriftliche Anfrage
zu den Folgen der Steuervergünstigungen für HauseigentümerInnen im
Rahmen der Energiestrategie 2050**

Hans Baumann
Gemeinderat SP
Im Tobelacker 5
CH-8044 Gockhausen

Telefon 044 821 26 66
habaumann@bluewin.ch

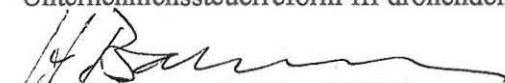
Wir bitten um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch wären die jährlichen Steuerausfälle für die Stadt Dübendorf, wenn die Beschlüsse des Nationalrats bezüglich Art. 31a, Art. 32 und Art. 67a des Bundesgesetzes über die direkten Bundessteuern DBG (sowie den analogen Bestimmungen im Bundesgesetz über die Harmonisierung der Steuern) umgesetzt würden?
2. Welche zusätzlichen administrativen Aufwendungen (Einschätzung, Abgrenzung der energetisch relevanten Investitionen etc.) würden entstehen?

Begründung

Im Rahmen der Energiestrategie 2050 hat der Nationalrat in der Frühlingssession 2016 diverse Steuervergünstigungen für HauseigentümerInnen beschlossen. Namentlich sollen künftig auch wertvermehrenden Investitionen steuerlich über eine Periode von vier Jahren abgezogen werden dürfen. Dies soll nicht nur für energetische Sanierungen, sondern neu auch für Ersatzneubauten gelten. Zudem soll dies sowohl für Immobilien im Privat- als auch im Geschäftsvermögen gelten. Dabei besteht keinerlei Koppelung dieser Investitionen an eine energetische Verbesserung.

Der Ständerat und sämtliche kantonalen Finanzdirektoren und Finanzdirektorinnen sind gegen diese Steuervergünstigungen, weil sie jährliche Steuerausfälle in Milliardenhöhe sowie einen massiven Ausbau der Bürokratie brächten. Zudem stellen sie fest, dass primär wirkungslose Mitnahmeeffekte generiert würden. Es gibt bereits deutlich wirkungsvollere Subventionen im Gebäudebereich aus den Einnahmen der CO₂-Abgaben. Der nationalrätliche Entscheid, der massive Steuerausfälle generiert, ist nicht zuletzt im Hinblick auf die bereits mit der Unternehmenssteuerreform III drohenden Steuerausfälle besorgniserregend.


Hans Baumann, Fraktion SP/Grüne